

# Ein Ticket für Schüler und Auszubildende

Dr. Gudrun Lukin in der Landtagsdebatte zum Antrag der CDU-Fraktion

**Am 28. Januar debattierte der Thüringer Landtag den CDU-Antrag „Schüler- und Auszubildendenticket zügig einführen – Jugendliche und Eltern entlasten“. Für die Linksfraktion ergriff deren Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur, Dr. Gudrun Lukin, das Wort. Im Folgenden Auszüge aus ihrer Rede.**

Einmal ist positiv, dass das Schüler- und Azubiticket wieder in die Öffentlichkeit gerückt wurde, dass es als ein Arbeitsauftrag zu verstehen ist, denn unser Antrag vom 02.04.2014 ist ja leider der Diskontinuität zum Opfer gefallen. Ziel war damals ein Zwei-Stufen-Plan. Wir alle wissen, dass im damaligen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur die existierende Richtlinie „Zuschüsse an Berufsschüler für die Ausbildung in Bundes- und Landesklassen bzw. überregionalen Fachklassen während des Blockunterrichts“ von 2010 den Anforderungen keineswegs genügt hat.

## CDU fand keine Möglichkeiten

Der Kollege der CDU hat schon dargestellt, dass die Gelder nicht ausgeschöpft wurden und dass nur begrenzte Härtefälle eine Antragsmöglichkeit haben. Außerdem war es auch relativ wenig bekannt. Ich hätte mir allerdings gewünscht, wenn Zuschüsse oder ein Azubiticket tatsächlich im Regierungsprogramm der CDU oder auch im Wahlprogramm enthalten waren, dass man dann gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD – ich denke, an dem wäre es nicht gescheitert – schon Möglichkeiten gefunden hätte, so eine Art Rückerstattungsmöglichkeit oder Zufinanzierungsmöglichkeit in Gang zu bringen. Bisherige Kleine Anfragen von Frank Kuschel, Katharina König, Susanne Hennig-Wellsow und von mir hatten einmal mehr den großen Flik-

kenteppich gezeigt, den die Schüler- und Azubiförderung allein in Thüringen hat. Ich nehme mir jetzt mal das Beispiel ab Klasse 11: Ganz unterschiedlich wird in den Landkreisen und den kreisfreien Städten der Eigenanteil von Schülern oder Eltern bei der Finanzierung des Schülertickets gehandhabt. Manche Kreise geben 15 Euro dazu, manche 20, manche machen eine fünfzigprozentige Rückerstattung.

Genauso unterschiedlich sind auch die Befreiungstatbestände bei Beziehern von ALG II und von Sozialgeld. Hier ist allerdings das Problem, dass die Verantwortung die Träger der Schülerbeförderung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung haben, das heißt also, hier zeichnet sich noch größerer Gesprächsbedarf ab.

## Das Vorhaben abstimmen

Gut ist auch, dass wir Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit hinzu ziehen wollen. Hier ist der eigentlich interessante Punkt, der uns ein bisschen verwundert hat, weil gerade hier der Antrag der CDU ausgerechnet einen gesetzlichen Anspruch bzw. die Erarbeitung einer konkreten weiterreichenden Richtlinie zur Erstellung von Fahrtkosten, wie es zum Beispiel in Sachsen-Anhalt ist, oder einer gesetzlichen Regelung, wie es in Bayern ist, nicht von uns abgeschrieben hat. Denn hier wäre zeitnah Abhilfe für einen Großteil von Schülern an weiterführenden Schulen und Berufsschulen sowie Azubis schon möglich, bevor wir in den Diskussionsprozess mit den Entscheidungsträgern, mit den Verkehrsbetrieben, mit den Ministerien bzw. mit den gesellschaftlichen Kräften, die Sie auch erwähnt haben, treten.

Wir haben keinen thüringenweiten Verkehrsverbund, leider, noch nicht. Daran arbeiten alle Interessierten. So bleibt die Frage: Wie stimmen wir das

Vorhaben mit den kommunalen Verkehrsbetrieben und den Verkehrs- und Aufgabenträgern ab? Dann gibt es im Auszubildendenbereich selbst größere Unterschiede. Diejenigen, die die Chance haben, eine Ausbildung im öffentlichen Dienst angetreten zu haben, bekommen punktuell die Fahrtkosten zum Arbeitsort bzw. zum Berufsschulort erstattet. Andere Arbeitgeber haben unterschiedliche Lösungen. Einige erstatten die Fahrtkosten zur Berufsschule. Bei einigen werden Benzin- oder Tankgutscheine vergeben.

Warum also wollen wir von vornherein die Arbeitgeber aus der Verantwortung nehmen? Sie zahlen bereits in diesen Topf mit ein. Das heißt, wir haben hier einen großen Abstimmungsbedarf. Deswegen würde ich unterstützen, dass wir im Ausschuss die Varianten gesetzlicher Rückerstattungsanspruch bzw. Zuschussrichtlinie diskutieren, die wir mit einer schnellen Lösung erreichen können, und die Variante Azubiticket, Schülerticket, die wir alle gemeinsam – hoffe ich doch – in Zukunft anstreben, vorbereiten.

## Beratung in den Ausschüssen

So wie das Modell Semesterticket nur funktioniert, wenn alle Beteiligten und auch die Studierenden bei Tarifanpassungen ein Mitspracherecht haben, muss diese Möglichkeit natürlich auch den Azubis und den Berufsschülern gewährt werden. Das heißt also, auch hier werden wir über eine Vertretung der Azubis und der Berufsschüler sprechen, wenn wir diese beiden Modelle – ein semesterticketähnliches Modell oder ein Angebotsmodell eines preiswerten Tickets in Thüringen – auf die Tagesordnung setzen.

Das heißt also, wir haben einen längeren gemeinsamen Weg vor uns und den sollten wir in den Ausschüssen besprechen. ■

## VON A BIS Z:

### Datenschutz

„Die Grundsätze der Datensparsamkeit und -vermeidung müssen als wichtige Prinzipien des Datenschutzes wieder ernster genommen werden“, forderte MdL Katharina König anlässlich des 9. Europäischen Datenschutztages am 28. Januar. Dieses Datum markiert den Beginn der Unterzeichnung der Europaratskonvention 108 zum Datenschutz. Mit der Konvention verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, für die Achtung der Rechte und Grundfreiheiten bei der automatisierten Datenverarbeitung Sorge zu tragen, insbesondere beim Persönlichkeitsbereich. „Der Ruf nach Vorratsdatenspeicherung steht diesem Anliegen bereits in seinem Grundsatz entgegen, denn dies bedeutet, in die tiefsten Bereiche der persönlichen Lebensführung Einblick zu nehmen. Gleiches gilt für die Sammelwut im Bereich der Flugpassagier-Daten, bei denen es um weit mehr geht als nur um Namen und Flugziel. Eine Achtung der Rechte und Grundfreiheiten ist dabei nicht mehr gegeben.“ Die Datenschutzpolitikerin erläutert, dass solche Anhäufungen von Daten auch in sich ein Sicherheitsrisiko darstellen, denn es kann zu Missbrauch und Diebstahl kommen. Im deutschen Datenschutzrecht sind deshalb richtigerweise die Datensparsamkeit und die Vermeidung von Datenerhebung als ein wichtiges Prinzip festgeschrieben. Auch im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag sind u.a. Bemühungen gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung verankert“, so Katharina König abschließend. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April statt.

### Verbrauchermesse:

Der Landtag wird mit einem Informationsstand bei der Thüringer Verbrauchermesse vom 28. Februar bis 8. März auf der Messe in Erfurt vertreten sein, dabei natürlich auch die Landtagsabgeordneten der LINKEN.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Volkssolidarität

70 Jahre nach ihrer Gründung und 25 Jahre nach der Deutschen Einheit hat sich die Volkssolidarität als einer der großen Sozial- und Wohlfahrtsverbände in Deutschland etabliert. Mit einer breit angelegten Image- und Sympathiekampagne will sie sich neuen Zielgruppen zuwenden und so um jüngere Mitglieder werben, sich aber weiter der Belange älterer Menschen annehmen.

Aktuell sieht sich die Volkssolidarität durch die Flüchtlingsfrage an den Beginn ihrer eigenen Geschichte erinnert und übernimmt hier mit einer ausgeprägten Willkommenskultur gesellschaftliche Verantwortung. Im Laufe des Jahres 2015 finden zahlreiche Festveranstaltungen zum 70. Jahrestag statt. ■

## Pflegebedürftig

2013 waren 86.889 Einwohner Thüringens pflegebedürftig. Wie das Landesamt für Statistik weiter mitteilte, wurden durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung 56,4 Prozent der Pflegestufe I („erheblich pflegebedürftig“), 32,2 Prozent der Pflegestufe II („schwer pflegebedürftig“) und 11,3 Prozent der Pflegestufe III („schwerst pflegebedürftig“) zugeordnet. Ende 2013 wurden 42.545 Pflegebedürftige zu Hause ausschließlich durch Familienangehörige oder Bekannte versorgt (49 Prozent). Weitere 20.958 Männer und Frauen (24,1 Prozent) wurden von einem der 417 ambulanten Pflegedienste und 25.539 Thüringer (29,4 Prozent) in einem der 412 Pflegeheime stationär betreut. ■

## Insolvenzen

Die Thüringer Amtsgerichte entschieden in den ersten elf Monaten 2014 über 2.811 Insolvenzverfahren. Davon entfielen 14,6 Prozent auf Unternehmen und 85,4 Prozent auf übrige Schuldner (natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, private Verbraucher und Nachlässe). Nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik verringerte sich die Gesamtzahl der Insolvenzverfahren im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent. Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen bezifferten die Gerichte auf rund 493 Millionen Euro. Pro Verfahren standen Forderungen von durchschnittlich 1.75 Tausend Euro aus. Die insolventen Unternehmen beschäftigten noch 2 051 Arbeitnehmer. ■